

PRESSEMITTEILUNG

Am Sandtorkai 2
20457 Hamburg

Telefon (040) 36 62 03/04
Telefax (040) 36 63 77

E-mail: info@zds-seehaefen.de
Internet: www.zds-seehaefen.de

20. November 2013

Hafenwirtschaft fordert, Seehafenanbindungen prioritär auszubauen

Der Güterumschlag in den deutschen Seehäfen liegt in diesem Jahr insgesamt etwas unter dem Ergebnis des Vorjahres, wird im nächsten Jahr jedoch wieder deutlich wachsen. Darauf hat der Präsident des Zentralverbandes der deutschen Seehafenbetriebe e.V. (ZDS), Klaus-Dieter Peters, in einem heutigen Pressegespräch in Hamburg aus Anlass der diesjährigen Mitgliederversammlung des Verbandes hingewiesen.

Nachdem der deutsche Seegüterumschlag 2012 noch um gut 1% auf rund 300 Mio. t stieg, erwartet der ZDS für 2013 einen leichten Rückgang des Gesamtumschlags um 1% auf 296 Mio. t. Für 2014 wird wieder mit einem Wachstum um etwa 2% auf 302 Mio. t gerechnet.

Durch die Ausweitung der Terminalkapazitäten insbesondere beim Containerumschlag in der Nord-Range hat sich der Seehafenwettbewerb weiter verschärft. Zudem haben sich vor allem die Energiekosten bei der Erbringung von Hafendienstleistungen kräftig erhöht. Mit dieser Entwicklung gehen auch strukturelle Veränderungen einher. Durch Verlagerung von Autoproduktionsstätten aus Fernost nach Osteuropa, Restrukturierung der Papierindustrie, Überkapazitäten bei der Stahlproduktion und verändertes Konsumverhalten bei Bananen hat sich das Transportaufkommen verändert. Zudem fällt das bisher florierendes Herbstgeschäft bereits seit drei Jahren aus.

Diese Veränderungen erfordern auch auf der Arbeitnehmerseite Einsicht in Notwendigkeiten. Dabei geht es dem ZDS um den Erhalt qualifizierter Arbeitsplätze bei steigendem Rationalisierungsdruck. Die Hafenwirtschaft wird daher ihre Qualifizierungsoffensive fortsetzen.

Die Aussichten für die weitere Entwicklung der deutschen Seehäfen sind jedoch gut. Die bisherigen Eckwerte der Hafenumschlagprognose 2030, die für den Bundesverkehrswegeplan 2015 erstellt wird, gehen davon aus, dass sich der Güterumschlag in den deutschen Seehäfen bis 2030 nahezu verdoppeln wird.

Schon heute stößt der Hinterlandverkehr der deutschen Seehäfen an seine Kapazitätsgrenzen. Der Ausbau der Seehafenanbindungen ist daher dringender denn je erforderlich, um die Wachstumschancen unserer Seehäfen zu nutzen. Der ZDS begrüßt, dass die Mittel für den Erhalt, Ausbau und Neubau der Verkehrsinfrastruktur dauerhaft erhöht werden sollen. Von der neuen Bundesregierung erwartet der ZDS, dass sie beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur einen Schwerpunkt auf den Ausbau der Seehafenanbindungen setzt. Diese Projekte müssen im neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 gesondert ausgewiesen und als „Vordringlicher Bedarf Plus“ aufgenommen werden.

Außerdem erwartet der ZDS, dass das Nationale Hafenkonzept fortgeschrieben wird. Die Fortschreibung muss mit dem Bundeverkehrswegeplan 2015 besser verzahnt und mit Finanzierungsplänen hinterlegt werden sowie weiterhin von dem Leitbild und der Zielvorstellung ausgehen, den Hafenstandort Deutschland zu stärken.

Nach 10 Jahren Planungszeit ist es noch immer nicht gelungen, Klarheit über den Beginn der Baumaßnahmen zur Fahrrinnenanpassung der Außen- und Unterelbe sowie der Außen- und Unterweser zu schaffen. Für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Seehäfen ist ihre seewärtige Erreichbarkeit jedoch von entscheidender Bedeutung. Bei den anstehenden Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts zu den Fahrrinnenanpassungen der Elbe und Weser steht damit viel auf dem Spiel. Letztlich geht es um die Entwicklungschancen des Seehafenstandortes Deutschland.

Auch die Sicherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Nord-Ostsee-Kanals ist für den Seehafenstandort Deutschland von außerordentlicher Bedeutung. Der ZDS erwartet, dass die neue Bundesregierung hierfür einen Zeit- und Maßnahmenplan mit voraussichtlichem Investitionsmittelbedarf vorlegt.

Die deutschen Seehäfen spielen auch beim Ausbau der Offshore-Windenergie eine wichtige Rolle und leisten ihren Beitrag zur erfolgreichen Energiewende. Dabei ist ihnen bewusst, dass der bedarfsgerechte Neubau, Ausbau und die Ertüchtigung der Hafeninfrastuktur für die Offshore-Windenergie von den energiepolitischen Zielen der Bundesregierung abhängig sind. Der ZDS erwartet, dass sich der Bund an der Finanzierung der Hafeninfrastuktur zum Ausbau der Offshore-Windenergie bedarfsgerecht beteiligt, soweit es sich um offshore-spezifische Mehrkosten der Hafeninfrastuktur handelt.

In der europäischen Seehafenpolitik zeichnen sich wichtige Weichenstellungen ab. Dabei wird der von der EU-Kommission vorgelegte Hafenverordnungsvorschlag sowie der Konzessionsrichtlinienvorschlag vom ZDS grundsätzlich begrüßt.

Weitere Informationen: www.zds-seehaefen.de unter dem Link Informationen/Positionen.

Für Rückfragen steht Ihnen auch Klaus Heitmann, Hauptgeschäftsführer des ZDS, unter der Tel.-Nr.: 040 - 366203 gern zur Verfügung.